

## INHALT

1. Westküste zieht ernüchternde Bilanz
2. Piraten fordern generelles Verbot von Videoüberwachung in Zügen
3. Landesregierung stellt Kinderschutzbericht vor
4. Debatte um Arzneimittelgesetz
5. Mehr Vielfalt im Öffentlichen Dienst
6. Einrichtung von Jugendberufsagenturen in Schleswig-Holstein
7. Landesregierung stellt Mittelstand unter kriminellen Generalverdacht

30.05.2013

### Westküste zieht ernüchternde Bilanz

Landesregierung hat keinerlei Zukunftsperspektiven für die Region



Jens-Christian Magnussen, MdL

Der Schleswig-Holsteinische Landtag diskutierte heute (30. Mai 2013) über zwei Anträge (Link siehe unten) von CDU und FDP über die Zukunft des Messestandorts Husum und die Rolle des Westküstenbeirats.

Der Westküstenabgeordnete und energiepolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Jens-Christian Magnussen, zog in seinem Debattenbeitrag eine ernüchternde Bilanz über die bisherige Umsetzung der von Ministerpräsident Albig groß angekündigten Pläne für die Westküste.

Im Juni 2012 hatte Ministerpräsident Albig erklärt, große Pläne für die Westküste zu haben und sie zum Wachstumsraum zu machen.

„Die Realität und Bilanz nach einem Jahr Verzögerungs- und Vernebelungstaktik der Landesregierung sieht stattdessen sehr traurig aus. Seit der Ankündigung, einen beratenden Westküstenbeirat zu installieren, hat dieser erst zweimal getagt und scheinbar nur Kaffee getrunken“, so Magnussen (siehe hierzu Kleine Anfrage Drs. 18/575).

Abgesehen davon, dass diese Landesregierung keine Zukunftsperspektiven für unsere Region aufzeigen könne, ärgere ihn besonders, dass vor allem Ministerpräsident Albig bei aktuellen Problemen wie dem Windmessenstreit mit Hamburg oder dem Weiterbau der A20 mit westlicher Elbquerung regelmäßig versage, und sich abwechselnd von den Grünen oder den Hamburger Genossen über den Tisch ziehen lasse. „Weniger Engagement geht nicht“, so Magnussen.

Am Ende führe dies immer zum selben Ergebnis, nämlich dass die Westküste und die Bürgerinnen und Bürger immer weiter von der Entwicklung im Land abgehängt würden. Dies erkenne man auch daran, dass die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur nicht mehr auf die strukturschwachen Regionen insbesondere an der Westküste beschränkt sei, sondern nach dem Gießkannenprinzip über ganz Schleswig-Holstein vergossen werde.

„Wenn die Landesregierung ihre Westküstennebelmaschine anwirft, um ihr Versagen zu kaschieren, dann müssen wir als Westküstenbewohner parteiübergreifend Druck aus der Region, aus den Kreis- und Gemeindetagen machen, um diese Landesregierung zum Handeln zu zwingen. Die Zeit der warmen Worte muss vorbei sein“, so Magnussen kämpferisch.

Link zum Antrag der CDU:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0800/drucksache-18-0837.pdf>

Link zum Antrag der FDP:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0800/drucksache-18-0802.pdf>

Link zur Drucksache 18/575:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0500/drucksache-18-0575.pdf>

---

## **Piraten fordern generelles Verbot von Videoüberwachung in Zügen**

### **Bernstein: Videoüberwachung in Zügen sorgt für mehr Sicherheit**

Nachdem die Piraten in der letzten Landtagssitzung einen Antrag auf Abschaffung der Videoüberwachung an Bahnhöfen gestellt hatten, ging es heute um einen Antrag mit dem Ziel, „die lückenlose Videoüberwachung in Schleswig-Holsteins Zügen zu verhindern“.

Der medienpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Axel Bernstein, stellte in seinem Debattenbeitrag zunächst die Zielsetzung des Antrags (siehe Link unten) richtig: „Den Piraten geht es um ein generelles Verbot der Videoüberwachung im Rahmen künftiger Ausschreibungen.“

Ein solches Verbot werde es mit der CDU nicht geben. Denn mögliche Täter ließen sich durch die Kenntnis über Videoüberwachung von Straftaten abhalten. „Wichtig ist, dass die Videoüberwachung offen und deutlich erkennbar erfolgt“, stellte Bernstein klar.

Darüber hinaus werde die Möglichkeit der Verfolgung von Straftaten nachweislich verbessert. „Fahrgäste erwarten ein hohes Maß an Sicherheit. Nur, wer sich sicher fühlt, nutzt den ÖPNV“, so der CDU-Abgeordnete.

Abschließend stellte Bernstein die Absonderlichkeit des Piratenantrages in einem Punkt exemplarisch heraus.

So heißt es in dem Antrag wörtlich: „Unter Videoüberwachung vermeiden Menschen unbefangene, kreative, individuelle Verhaltensweisen, um nicht aufzufallen. Dadurch droht zunehmend eine gleichförmige Gesellschaft zu entstehen.“

Bernstein betonte, er könne nicht erkennen, welche „kreative oder individuelle Verhaltensweise“, die man angemessen in einem Nahverkehrszug an den Tag legen könne, durch Videoaufzeichnung beeinträchtigt würde.

„Sollten Sie mit Kreativität oder Individualität allerdings – sagen wir mal – die spontane Veränderung der Inneneinrichtung der Züge meinen, sind wir der Meinung, dass solche Form der Kreativität eher nicht an fremdem Eigentum ausgelebt werden sollte“, so Bernstein.

Link zum Piratenantrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0600/drucksache-18-0626.pdf>



Dr. Axel Bernstein, MdL

---

### **Landesregierung stellt Kinderschutzbericht vor CDU fordert: Zusammenarbeit bei den Frühen Hilfen weiter ausbauen**

Die Landesregierung hat heute (30. Mai 2013) den Bericht zur „Situation von Kindern und Jugendlichen bei Gefahren für ihr körperliches, geistiges oder seelisches Wohl“ (unten stehender Link) vorgestellt. In der anschließenden Plenardebatte erinnerte die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Katja Rathje-Hoffmann, an die Verpflichtung der Volksvertreter, die Voraussetzungen weiter zu verbessern, damit Kinder und Jugendliche in einem sicheren Umfeld gewaltfrei aufwachsen können.

Dem Bericht zufolge stehen für den Förderzeitraum 2012 – 2014 insgesamt 2,9 Millionen Euro für die so genannten „Frühen Hilfen“ zur Verfügung, die die Bundesregierung bereitstellt. Durch ein vielschichtiges Angebot sollen mögliche Gefährdungen für das Kindeswohl durch eine frühzeitige Unterstützung der Eltern verhindert werden. Derzeit begleiten und betreuen unter anderem 69 Familienhebammen und 21 „welcome“-Standorte – finanziert durch Bundesmittel – besonders belastete Familien nach der Geburt.

Rathje-Hoffmann verwies in ihrem Redebeitrag darauf, dass es trotz vermeintlich engmaschiger Kontrollen zu massiven Gefährdungen kommen könne. Dies hätten die jüngsten

Vorfälle im Kreis Segeberg gezeigt.

„Unsere Aufgabe für die Zukunft ist daher, die zielgerichtete Zusammenarbeit aller Akteure zum Wohle unserer Kinder weiter zu verbessern“, erklärte Rathje-Hoffmann.

Link zum Bericht:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0700/drucksache-18-0711.pdf>



Katja Rathje-Hoffmann, MdL

---

### Debatte um Arzneimittelgesetz

**CDU fordert vom Landwirtschaftsminister konkrete Vorschläge statt Klamauk**



Heiner Rickers, MdL

Auf Antrag der CDU- Fraktion hielt Umweltminister Dr. Habeck in der heutigen (30. Mai 2013) Plenartagung einen Bericht zur Novellierung des Bundes-Arzneimittelgesetzes und versuchte dabei die Ablehnung des Gesetzes durch die Landesregierung im Bundesrat zu rechtfertigen.

Der agrar- und umweltpolitische Sprecher der CDU- Fraktion, Heiner Rickers, kritisierte in seinem Debattenbeitrag den Auftritt des Ministers. „Statt eines von Klamauk geprägten Berichtes hätte ich mir bei diesem ernstesten Thema konkrete Vorstellungen der Landesregierung dazu gewünscht, wie sie es denn besser machen will“, so Rickers.

Rickers sehe in der 16. Novelle des Arzneimittelgesetzes sehr gute Ansätze, um den

unerwünscht hohen Verbrauch von Antibiotika in der Tierhaltung zu überwachen und zu reduzieren. Immerhin habe auch der Bundesverband Praktizierender Tierärzte die Gesetzesnovelle und den daraus folgenden Konsequenzen für die Antibiotikaaanwendung begrüßt.

Der Gesetzentwurf sehe unter anderem die Einführung einer bundesweiten Datenbank vor, in der auch die Bestände und der Arzneimitteleinsatz erfasst würden. Damit drohe Landwirten eine behördliche Kontrolle und alle Landwirte wären sensibilisiert.

„Insofern ist der vorliegende Gesetzentwurf ein Schritt in die richtige Richtung → die Alternative ist die Beibehaltung des Status quo mit ihrem hohen Arzneimittelverbrauch“, verurteilte Rickers die Haltung der Landesregierung.

Rickers forderte den Umweltminister auf, dem Gesetz im Juni im Vermittlungsausschuss zu zustimmen und somit zu verhindern, dass dieses im Wahlkampf unter die Räder komme. „Mit dem Beharren auf wahltaktischen Überlegungen erweist man der Reduzierung von Arzneimitteln in der Tierhaltung einen Bärendienst“, so Rickers abschließend.

---

### **Mehr Vielfalt im Öffentlichen Dienst**

#### **CDU hat mit dem Aktionsplan Integration die richtigen Weichen gestellt**



Astrid Damerow, Mdl

Der Landtag debattierte auf Antrag der Regierungsfractionen heute (30. Mai 2013) darüber, wie mehr Menschen mit Migrationshintergrund für den Öffentlichen Dienst angeworben werden können. Fraktionsübergreifender Konsens bestand darin, dass sich die Vielfalt in der Gesellschaft auch im öffentlichen Dienst widerspiegeln müsse.

Unterschiedliche Meinungen gab es jedoch darüber, welche Schritte das Land hierzu unternehmen soll. Die integrationspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Astrid Damerow, wies in ihrem Redebeitrag darauf hin, dass es mit dem Aktionsplan Integration bereits ein landesweites Integrationskonzept gebe, das auch für den Bereich der Verwaltung Handlungsvorgaben vorsehe. Der Antrag der Regierungsfractionen sei daher wenig zielführend. Den Aktionsplan hatte die CDU-geführte Landesregierung 2011 auf den Weg gebracht.

„Der Aktionsplan hat das Ziel, verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst des Landes zu gewinnen. Ebenfalls enthält der Aktionsplan Zielvorgaben

für das Diversity Management, das die Diskriminierungsfreiheit in der Landesverwaltung sichern soll“, so Damerow.

Der Hintergrund des vorliegenden Antrags sei zwar begrüßenswert, allerdings setze dieser den zweiten Schritt vor den ersten. Daher brachte die CDU-Fraktion zusätzlich einen eigenen Antrag in den Landtag ein, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, ausführlich über die Umsetzung der Zielvorgaben des Aktionsplanes Integration zu berichten. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die CDU-Fraktion stimmte dem Antrag der Regierungsfractionen in einem Punkt zu. Danach soll die Landesregierung – ebenfalls im Ausschuss – über die im Aktionsplan vorgesehenen Ansätze zum Diversity Management berichten.

Zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0800/drucksache-18-0833.pdf>

---

## **Einrichtung von Jugendberufsagenturen in Schleswig-Holstein** **Junge Menschen sollen gezielt in den Ausbildungsmarkt begleitet werden**



Hans Hinrich Neve, MdL

Der Landtag diskutierte heute (30. Mai 2013) über einen Prüfantrag der Koalitionsfraktionen zur „Einrichtung von Jugendberufsagenturen in Schleswig-Holstein“. Die Landesregierung wurde dabei vom Landtag beauftragt zu prüfen, inwiefern ein in Hamburg mit großem Erfolg erprobtes Modell zur Berufsbegleitung auch auf Schleswig-Holstein übertragen werden kann.

Eine Jugendberufsagentur steht allen jungen Menschen unter 25 Jahren offen, die sich unter einem Dach über mögliche Studien- und Berufsperspektiven informieren wollen. Arbeitsagentur, Jobcenter, Schulen, Kinder- und Jugendhilfe sowie die Kommune arbeiten dabei vernetzt in einem Gebäude. Durch die kurzen Wege und durch die enge Zusammenarbeit der Partner werden schon Schüler ab der achten Klassenstufe von den Jobprofis auf ihrem Weg in die Berufswelt beraten und begleitet.

Der jugendpolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Hans Hinrich Neve, MdL, führte in seiner Rede aus, dass es „entscheidend sei, junge Menschen schnell, gezielt und nachhaltig auf dem Weg in den Ausbildungsmarkt zu begleiten. Ich möchte, dass der Übergang von Schule in den Beruf oder in das Studium gelingt. Zudem müssen wir verhindern, dass bildungsferne Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss eine dauerhafte Langzeitarbeitslosigkeit droht“, so

Neve.

Die Gesellschaft müsse ein Interesse daran haben, die Stärken eines jeden Schulabgängers für den Arbeitsmarkt zu nutzen. Dieses Potenzial könne mit Hilfe einer Jugendberufsagentur stärker ausgeschöpft werden, da auch die Unternehmen ein großes Interesse an motivierten und gut auf das Berufsleben vorbereitete junge Menschen hätten.

Kritisch merkte Neve in seiner Rede an, dass das Modell des Stadtstaates Hamburg nicht eins zu eins auf das Flächenland Schleswig-Holstein zu übertragen sei. „Darüber hinaus muss nicht nur geprüft werden, welche rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, sondern auch die Kostenevaluation und die Finanzierung von Jugendberufsagenturen in den Städten und Gemeinden“, so Neve abschließend.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stimmte – bei einer Enthaltung – dem Prüfantrag einstimmig zu.

---

### **Landesregierung stellt Mittelstand unter kriminellen Generalverdacht SPD, Grüne und SSW wollen Antikorruptionsregister für Schleswig-Holstein**



Volker Dornquast, MdL

Nach dem bereits beschlossenen Tariftreue- und Vergabegesetz verschärfen SPD, GRÜNE und SSW die bürokratischen Auflagen für den Mittelstand weiter. In erster Lesung beriet der Landtag heute (29. Mai 2013) über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Schaffung eines Korruptionsregisters. Darin sollen Firmen nicht nur bei rechtskräftig verurteilten Verstößen, zum Beispiel bei Geldwäsche, sondern bereits bei grob fahrlässigen Falscherklärungen öffentlich-zugänglich erfasst werden. Der Bad Segeberger Abgeordnete und ehemalige Innenstaatssekretär Volker Dornquast kritisierte, dass der Inhalt des Gesetzentwurfs keineswegs dem erklärten Ziel gerecht würde. Zudem stelle die Landesregierung alle mittelständischen Betriebe unter einen falschen Generalverdacht:

„Das geplante Antikorruptionsregister der Küstenebelkoalition bekämpft keine Korruption, sondern tyrannisiert und kriminalisiert den Mittelstand. Dieses Gesetz ist wenn überhaupt nur nötig, um die Schlamperei und den Dilettantismus der Koalition beim Vergabegesetz zu kaschieren“, so Dornquast.

In seiner Rede bemängelte Dornquast auch, dass die zu erwartende Wirkung des Gesetzes und der hohe bürokratische Aufwand für die Unternehmen und Kommunen in keinem Verhältnis

stunden.

„Die pauschale Vorverurteilung insbesondere der Unternehmen des Handwerks und der mittelständischen Bauwirtschaft führen auf allen Seiten zu noch mehr Bürokratie. Mir tun dabei auch die Beamten und Angestellten in den Kreisen und in den Kommunen leid, die dieses Gesetz auch werden ausbaden müssen. Während Handwerker und Baugewerbe zur Not auf öffentliche Aufträge verzichten, bleibt die Arbeit an den Mitarbeitern in der öffentlichen Verwaltung hängen“, sagte Dornquast.

Die Bekämpfung der Korruption müsse vielmehr mit Mitteln geschehen, die sinnvoll sind und die tatsächliche Wirkung erzielen.

Link zum Gesetzentwurf:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0800/drucksache-18-0827.pdf>

---

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)